



ISRAELITISCHE GEMEINDE FREIBURG K.D.Ö.R.
Nussmannstr. 14 79098 Freiburg i. Br.

Tel: 0761 / 556 5296 - 0
Fax: 0761 / 556 5296 - 90
email: info@jg-fr.de
www.jg-fr.de

An

**Vorstand der Studierendenschaft (AstA)
Verfasste Studierendenschaft der
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg**

Studierendenhaus
Belfortstraße 24
79098 Freiburg

10.01.2024

**Einräumung der Möglichkeit einer zeitnahen Stellungnahme zur antisemitischen Stimmung
und Beschlusslage innerhalb der Organe (und des Umfelds) der Verfassten
Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit äußerst großer Sorge und Bestürzung haben wir im Lauf des Jahres 2024 Berichte aus den Organen der Verfassten Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zur Kenntnis genommen. Die Bandbreite reicht von der Einräumung einer öffentlichen Plattform für un widersprochene antisemitische Stimmungsmache durch einzelne Personen oder antisemitische Gruppen, wie Students for Palestine, die – ausweislich ihrer Social-Media-Aktivitäten – das größte antisemitische Einzelmassaker seit dem Holocaust als Widerstandsakt verherrlichen und schon gemäß Ihrer Protokolle einen beträchtlichen Raum in den Sitzungen des Studierendenrates einnehmen, über Ausgrenzung von antisemitismuskritisch engagierten Personen und/oder Gruppen sowie von jüdischen Studierenden und ihren Organisationen bis hin zu offenen Drohungen. Letztere führten bereits zu Ermittlungsverfahren und im Sommer 2024 zur Notwendigkeit der kurzfristigen Verlegung einer antisemitismuskritischen Veranstaltung von den Räumen der Universität in die Räume unseres Gemeindezentrums – ein trauriger Höhepunkt des vergangenen Jahres. Ein anderer dieser traurigen Höhepunkte war (noch davor) der Beschluss des Studierendenrates vom 28.05.2024, der die Annahme des Antrags der antisemitischen Gruppierung Students for Palestine unter dem Titel „Definition von anti-palästinensischem Rassismus“ zum Gegenstand hatte.

Abgesehen von der eklatanten Verfälschung historischer und juristischer Fakten und der zumindest unreflektierten Verwendung propagandistischer Begriffe – auch aus offenkundig vernichtungs-antisemitischen ideologischen Zusammenhängen – beinhaltet der durch den Studierendenrat angenommene Text dieser sog. „Definition von anti-palästinensischem Rassismus“ spätestens unter

Ziffer 4 eine Formulierung, die nicht anders zu verstehen ist, als die offene Äußerung der Absicht der Delegitimierung des Staates Israel.

Nach jahrhundertelanger Ausgrenzung, Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung – sowohl in christlich als auch in muslimisch geprägten Gesellschaften – die im Holocaust, also der industriell-bürokratischen Vernichtung von 6 Millionen Juden, gipfelte, darin aber leider nicht ihr Ende fand, ist jeder sogenannte „Antizionismus“ – also die Ablehnung der Existenzberechtigung des einzigen Staates der Welt, der kein ausschließliches, aber ein ausdrückliches und bedingungsloses Schutzversprechen gegenüber allen Juden weltweit abgibt und stets gewährleistet, dass diese der eigenen Ausgrenzung, Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung nie wieder wehrlos gegenüberstehen, – zumindest im objektiven Tatbestand eindeutig und ohne jeden Zweifel antisemitisch. Die Menschheitsgeschichte macht diese Feststellung – die so auch durchweg dem gegenwärtigen Stand der Antisemitismusforschung entspricht – zum Axiom. Und auch wenn Axiome keines weiteren Beweises bedürfen, sei der Hinweis darauf gestattet, was bei realitätsnaher Betrachtung mit Juden – etwa im Nahen Osten – passiert, sollte Israel verschwinden. Allerspätstens nach dem 07.10.2023 kann daran – gesunden Menschenverstand vorausgesetzt – auch nicht der aller geringste Zweifel verbleiben. Dementsprechend gehört „das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung“ zu den aktuellen Erscheinungsformen von Antisemitismus gemäß der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), die von nahezu allen jüdischen Organisationen und zahlreichen Staaten anerkannt und übernommen wurde. Zu diesen Staaten gehört nicht zuletzt die Bundesrepublik Deutschland durch Beschlüsse der Bundesregierung vom 20.09.2017 und des Bundestages vom 17.05.2019 und zuletzt auch vom 07.11.2024. Darin wurden vorherige Beschlüsse bekräftigt und die Bundesregierung aufgefordert, sich gegenüber den Ländern und Kommunen dafür einzusetzen, dass sie entsprechende Regelungen implementieren und, sofern noch nicht geschehen, die IHRA-Antisemitismusdefinition als maßgeblich heranziehen. Die Beauftragten des Bundes und der Länder für den Kampf gegen Antisemitismus sowie die Melde- und Beratungsstellen für Opfer von Antisemitismus und der Zentralrat der Juden in Deutschland K.d.ö.R. tun dies bereits.

Uns ist auch bekannt, dass die von Ihnen beschlossene „Definition von anti-palästinensischem Rassismus“ bereits für den Versuch benutzt wurde, antisemitismuskritische Tätigkeit – an der auch jüdische Studierende beteiligt sind – zu unterbinden und auszugrenzen (hierfür verweisen wir etwa auf den Antrag Ihres „Referats gegen Rassismus“ unter dem Titel „Antrag auf Entfernung von rassistischen Veröffentlichungen“ zur Sitzung des Studierendenrats vom 16.07.2024).

Als Jüdische Gemeinde Freiburg und Körperschaft des öffentlichen Rechts haben wir neben dem kulturellen auch einen klar definierten Schutzauftrag gegenüber unseren Mitgliedern. Dazu gehören auch jüdische Studierende. Entsprechend können wir Antisemitismus an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, zumal in und von Einrichtungen der Universität, nicht tolerieren. Wir sind

vielmehr verpflichtet, darauf zu reagieren. Gleichwohl haben wir in Absprache mit betroffenen jüdischen und antisemitismuskritisch engagierten Studierenden abgewartet, ob die Strukturen der Verfassten Studierendenschaft K.d.ö.R. und/oder die Leitungsgremien der Universität aus unserer Sicht hinreichend und angemessen auf die beschriebenen Vorgänge reagieren. Dies ist aus unserer Sicht – bedauerlicherweise – ausgeblieben.

Wir räumen Ihnen hiermit die Möglichkeit einer zeitnahen Stellungnahme uns gegenüber zu den beschriebenen Vorgängen im vergangenen Kalenderjahr ein. Zeitnah bedeutet: Innerhalb der nächsten zwei Kalenderwochen. Auf der Grundlage einer umgehenden Rücknahme Ihres Beschlusses vom 28.05.2024 über die Annahme der „Definition von anti-palästinensischem Rassismus“ wären wir auch bereit zu einem klärenden Gespräch. Sämtliche rechtlich zulässigen und erheblichen Schritte behalten wir uns vor und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Irina Katz
Vorsitzende der
Israelitischen Gemeinde Freiburg K. d. ö. R.

Nikita Nikischin
Beauftragter für Sicherheit,
Recht und Kommunikation
Israelitische Gemeinde Freiburg K. d. ö. R.